

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

März
2015

EDITORIAL



von Annekatriin Klepsch

Reise um die Erde in 80 Tagen...

... nannte Jules Verne 1873 seinen Roman, der beschreibt, wie Phileas Fogg dank technischer Neuerungen in Rekordzeit den Globus bereist. 150 Jahre später können wir dank technischen Fortschritts nicht nur innerhalb von Stunden die Welt bereisen, sondern sind mittels neuer Medien in Echtzeit mit Ereignissen und Leid weltweit konfrontiert. Wir haben den Globus erkundet und ihn uns angeeignet und die Globalisierung hat uns eingeholt. Wir nutzen die weltweiten Ressourcen für unsere Interessen und die daraus resultierenden Konflikte und Krisen machen nicht an der EU-Außengrenze halt. Bachmann-Jünger montags abends in Dresden scheinen immer noch zu glauben, mit rassistisch motivierten Spaziergängen und Abschottung seien internationale Konflikte und Verteilungsfragen zu lösen und werden dafür von Teilen der CDU hofiert. Die deutsche Kanzlerin und ihr Finanzminister beharren auf ihrer Alternativlosigkeit der eigenen Politik, die sich zwischen arroganter Ignoranz und geistiger Verarmung bewegt. Der Wirtschaftsminister freut sich auf TTIP und bereist das diktatorische Königreich Saudi-Arabien wie einen normalen Handelspartner.

Dass eine andere deutsche Politik und ein anderes Europa dringend nötig sind, signalisieren nicht nur die rechtsgerichtete Gida-Bewegung, sondern beweisen 20.000 Blockupy-DemonstrantInnen anlässlich der Eröffnung der 1,2 Milliarden teuren EZB-Zentrale in Frankfurt am Main.

DIE LINKE muss nicht in 80 Tagen um die Erde reisen, um zu wissen, wo politisches Umsteuern nötig ist. Aber DIE LINKE lädt ein nach Berlin zur LINKEN WOCHEN DER ZUKUNFT mit 80 Veranstaltungen in vier Tagen und Gästen aus aller Welt, die wissen: Eine andere Welt ist möglich!

annekatrin.klepsch@dielinke-dresden.de
www.annekatrin-klepsch.de

In weniger als drei Monaten ist es soweit: Am 07. Juni 2015 hat Dresden die Wahl

Das Ruder fest im Griff



Foto: Renate Franke / pixelio.de

von Tilo Kießling

Wie immer in Vorwahlzeiten: Die Aufregung steigt auf allen Seiten. Der Tag der Entscheidung rückt näher. Die Oberbürgermeisterwahlen stehen vor der Tür. Dem bürgerlichen Lager in der Stadt ist klar: gehen diese Wahlen verloren, so ist es auf lange Zeit vorbei mit ihrer Vorherrschaft. Die Selbstverständlichkeit, mit der sie sich die Stadt Untertan gemacht haben, wäre dann vorüber. Alle errungenen Positionen würden in atemberaubender Geschwindigkeit in Frage gestellt.

Dem fortschrittlichen Lager ist klar, dass diese Chnace so schnell nicht wieder kommt. Eine Ratskooperation, die bereits jetzt gezeigt hat, dass sie die Grundlinien der Stadtpolitik mutig und positiv verändern möchte, ergänzt durch eine dies unterstützende Verwaltungsspitze, wäre eine hervorragende Ausgangsposition für unsere Politik der nächsten Jahre. Wenn man die Richtung ändern sollte man zuerst einmal vorsichtig bremsen, damit man nicht aus der Kurve getragen wird.

Schon der Blick zum Bremspedal lässt aber die bürgerlichen schreien und toben. Stillstand, rufen sie. Blockade. Was sie übersehen, ist das Aufatmen an vielen Stellen in der Stadt.

Immerhin: auch eine Blockade ist ersteinmal ein Beleg dafür, dass die Politik die Dinge immer noch gestalten kann. Gestalten muss!

Die strategische Position vor der Wahl sollte uns optimistisch stimmen. Wir haben uns mit SPD und Grünen auf eine gemeinsame Kandidatin geeinigt. Die programmatische Grundlage ist seit langem gelegt, es ist die Kooperationsvereinbarung, der die Kandidatin sicherlich noch die eine oder andere persönliche Komponente hinzufügen wird.

Im Gegensatz dazu ist die bürgerliche Seite gespalten: Neben dem formal unabhängigen FDP-Kandidaten Hilbert, der als einziges Argument für sich vorbringen kann, dass er schon da ist und dem CDU-Kandidaten Markus Ulbig, der in einer Art Wahlaktionismus gefallen ist und in seiner Verzweiflung Grundaussagen seiner Partei entsorgt, treten immerhin noch ein AfD-Kandidat und eine noch namenlose Person für PEGIDA an.

Sofern überhaupt ein zweiter Wahlgang erforderlich ist, mag man sich das Geschachere hinter den Kulissen kaum vorstellen, wer dann unter welchen Bedingungen für wen zurücktritt.

Erinnern wir uns ein wenig daran, dass beim letzten OB-Wahlkampf Dirk Hilbert seinen Rückzug gegen die Position des ersten Bürgermeisters auskaubelte. Gibst du mir, geb ich dir. Die CDU wird diesen Deal von vor 7 Jahren gerade jetzt bitter bereuen!

Unsere Aufgabe ist klar: Halten wir das Ruder fest im Griff. Werben wir für unsere Kandidatin Dr. Eva-Maria Stange. Sie ist kompetent, sie ist politisch erfahren und erfolgreich, sie ist die Kandidatin des Mehrheitsbündnisses im Stadtrat. Es gibt für uns keinen Zweifel daran, dass sie eine gute Oberbürgermeisterin sein wird und dass ihre Wahl für jeden links denkenden Menschen in dieser Stadt die richtige Wahl ist.



Annekatriin Klepsch
und Tilo Kießling sind
Vorsitzende von
DIE LINKE. Dresden

tilo.kieszling@dielinke-dresden.de
www.tilo-kieszling.de

23. bis 26. April 2015 in Berlin

Linke Woche der Zukunft

Die Zukunft beginnt heute: Stress in der Arbeit und ohne sie, öffentliche Armut und explodierende Profite, Alters- und Kinderarmut, marktkonforme Demokratie. Die Zukunft beginnt heute: mit Wirtschaftsdemokratie und Care Revolution, mit Commons und öffentlicher Daseinsvorsorge, Umverteilen und Demokratisierung von Parlament und Öffentlichkeit, mit Willkommenskultur und neuen Formen linker Politik. Was sind linke Alternativen und Strategien für eine wünschbare Zukunft?

von Katja Kipping und Bernd Riexinger

Wie die Zukunft wird, hängt auch von unserem gemeinsamen Handeln ab. Das klingt banal. Aber als Linke, die die Gesellschaft verändern wollen, müssen wir den Horizont der Utopie immer wieder mit konkreten Vorstellungen verbinden, wie wir für ein besseres Leben und eine andere, gerechtere Zukunft eintreten können. In den letzten Jahren haben sich zahlreiche Ansätze und Alternativen entwickelt, die versuchen, Schritte im Hier und Jetzt mit der Arbeit an einer radikalen Gesellschaftsveränderung zu verbinden. Auf- und Umbrüche, in denen auch um die Zukunft Europas und der Demokratie gerungen wird: Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung, den Krieg in der Ukraine, das Erstarken von Rechtspopulismus und Rassismus. Aber mit sozialen Bewegungen wie der gegen die Austeritätspolitik und gegen TTIP, mit dem Erstarken linker Parteien und der Regierungsübernahme durch Syriza. Kleinere Ansätze wie Organisationen im Stadtteil und Initiativen für eine Willkommenskultur. Größere Experimente wie demokratische Haushalte, Genossenschaften, die kommunale Energiewende. Diskussionen um Alternativen wie Arbeitszeit-

verkürzung – also Kämpfe um Zeit, Wirtschaftsdemokratie, Commons, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und den sozial-ökologischen Wandel.

Viele dieser Ansätze und Konzepte diskutieren wir in der LINKEN schon, aber oft in unterschiedlichen Kreisen oder mit dem Druck, ein Wahlprogramm zu verabschieden. Wir wollen uns in der Linken Woche der Zukunft Zeit nehmen, unterschiedliche Zugänge, linke Konzepte und Strategien zusammen zu diskutieren und neue zu entwickeln.

In der Woche werden Veranstaltungen von uns, der Linksfraktion im Bundestag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung stattfinden – über 80 zu den fünf großen Themen „Zukunft der Arbeit“, „Umverteilung“, „Zukunft des Öffentlichen“, „Produktion der Zukunft“ und „Aneignung der Demokratie und Zukunft der Partei“.

Das vorläufige Programm findet ihr hier: www.linke-woche-der-zukunft.de.

Es wird laufend aktualisiert. Es sind ganz unterschiedliche Formate, von Einführungsveranstaltungen, Erfahrungsaustausch über politische Initiativen, Vernetzungsmöglichkeiten, Workshops



Foto: Klaus-Uwe Gehrhardt / pixelio.de

und Podiumsdiskussionen geplant. Bereits im Vorfeld der Woche der Zukunft hat eine Debatte über verschiedene Themenfelder begonnen, an der man sich auf dem dazugehörigen Blog beteiligen kann: blog.linke-woche-der-zukunft.de/ Und natürlich wollen wir nicht nur darüber diskutieren, wie die Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden können, sondern auch selber tanzen. Es wird Ausstellungen und Lesungen sowie einen Galeriebesuch der besonderen Art geben.

So ein umfassendes Angebot zur offenen Diskussion jenseits des Entscheidungsdrucks bei Parteitagen und in Gremiensitzungen, mit Raum zum gemeinsamen Träumen und Pläne schmieden hat es in unserer Partei noch nicht gegeben. Die Woche der Zukunft soll ein Labor für linke Ideen im Allgemeinen und unsere Zukunft als linke Partei im Besonderen sein.

Dafür braucht es aber vor allem eure Ideen, Fragen und Erfahrungen. Deswegen würden wir uns sehr freuen, wenn wir uns Ende April in Berlin sehen! Nehmt euch Zeit, nehmt euch frei und lasst uns gemeinsam überlegen und planen, wie wir die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links verschieben und um welche Zukunft wir kämpfen. Wir würden uns freuen, wenn ihr für die Linke Woche der Zukunft im Internet und im „echten Leben“ Werbung macht, mit euren Freund*innen, Kolleg*innen und Genoss*innen darüber sprecht und die Veranstaltung verbreitet, gemeinsame Reisen nach Berlin organisiert.

Wir freuen uns sehr auf spannende und im besten Sinne zukunftsweisende Diskussionen mit euch! (red. gekürzt)

Einige ausgewählte Veranstaltungen

Wie über Zukunft sprechen:

Die Notwendigkeit einer radikalen öko-sozialistischen Perspektive

mit Elmar Altvater und Raul Zelik

Die Krise hat Europa seit 2008 fest im Griff, der Widerstand ist bislang fragmentiert. Auch weil es wenig Vorstellungen gibt, wie Alternativen jenseits des gescheiterten Staatssozialismus aussehen könnten. Die Linke muss antikapitalistische Gegenentwürfe entwickeln. Keine technischen Utopien, die der Gesellschaft übergestülpt werden. Es geht um „konkret-utopische Ansätze“, die in der Widerstandspraxis von sozialen Bewegungen, Arbeitskollektiven und Milieus bereits heute Gestalt annehmen. Was sind Wegmarken für den ökosozialistischen und radikal-demokratischen Umbau in Richtung einer solaren und solidarischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts?

Samstag, 25. April | 17 Uhr
Franz-Mehring-Platz 1, Salon
Eine Veranstaltung der RLS

Commons:

öffentliche Daseinsvorsorge, solidarische Ökonomie, soziale Infrastruktur

mit Caren Lay (Moderation); Elisabeth Voss, Hilary Wainwright und Sabine Zimmermann

Sabine Zimmermann, MdB, arbeitsmarktpolitische Sprecherin und Leiterin des Arbeitskreises I Soziales, Gesundheit und Rente der Bundestagsfraktion plädiert dafür, soziale Dienstleistungen und Infrastruktur zu einem zentralen Thema der LINKEN zu machen. Eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur mache die Gesellschaft gerechter, trage zu mehr guter Arbeit und Gleichheit zwischen den Geschlechtern bei.

Samstag, 25. April | 10:15 Uhr
Franz-Mehring-Platz 1,
Münzenbergsaal
Eine Veranstaltung von DIE LINKE.

Alle 80 Veranstaltungen
in 4 Tagen im Überblick:
www.linke-woche-der-zukunft.de

Für ein Europa von unten

mit Giorgos Chondros (Syriza); Fabio de Masi; NN (Podemos); Hilary Wainwright

Mit dem Wahlsieg von SYRIZA in Griechenland kann eine linke Regierung in Europa eine Politik infrage stellen, die unerbitlich soziale Verelendung, Abbau von demokratischen und sozialen Rechten und Umverteilung von unten nach oben hervorbringt. Freitag, 24. April | 19:30 Uhr
Franz-Mehring-Platz 1, Seminarraum 1
Eine Veranstaltung der RLS

Strategien gegen rechts: Extreme Rechte, Rechtspopulismus und der ganz normale Rassismus

mit Andreas Häusler; Tim Herudek; Christina Kaindl; Silvio Lang; Karin Priester; Kathrin Reimer; Martina Renner; Gerd Wiegler; Volkmar Wölk

Samstag, 25. April | 17 Uhr
Saal 2
Eine Veranstaltung der RLS und der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Zeit für einen neuen Linkspopulismus

mit Chantal Mouffe und Íñigo Errejón

Podemos, eine Partei neuen Typs, entstanden aus dem Impuls der Platzbewegungen, strebt die Regierungsmacht in Spanien an. Sie setzt dabei auf einen linken Populismus gegen die herrschende und korrupte politische „Kaste“. Sie erreichen damit Zuspruch bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Ihre Strategie ist inspiriert vom Theoretiker Ernesto Laclau. Wie weit trägt uns dieser Ansatz? Sonntag, 26. April | 10:15 Uhr
Franz-Mehring-Platz 1,
Münzenbergsaal
Eine Veranstaltung der RLS

Wie werden wir leben, wie wollen wir leben? Neues Deutschland begleitet die linke Zukunftswoche mit einem Dossier zu den Themen Digitalisierung und Demokratie, Frieden und Sozialstaat: www.neues-deutschland.de/dossiers/330.html

Die Umsetzung unseres Kommunalwahlprogramms

180 konkrete Ziele

von Tilo Kießling

Unser Stadtverband hatte mit seinem Kommunalwahlprogramm für die Kommunalwahl 2014 neue Wege ausprobiert. Die Transparenz bei der Erarbeitung des Programms war und ist beispielgebend, immerhin haben sich alle Genossinnen und Genossen zwei mal mit den Entwürfen der Aufgaben und Teilziele für die künftige Fraktion befasst, der eingeräumte Grad der Beteiligung unserer Wählerinnen und Wähler an der Wichtung war ebenfalls beispielgebend, denn immerhin gab es ein öffentliches Ranking der von der Partei beschlossenen Ziele, das auf die Arbeit der künftigen Fraktion Einfluss nehmen sollte.

Die Form unseres Programms war und ist für viele immer noch gewöhnungsbedürftig. Wir haben uns damals entschieden, auf alle weichen Zielformulierungen zu verzichten, denn diese fanden und finden sich in Grundlagenpapieren unserer Partei zur Genüge wieder. An deren Stelle ist eine 180 konkrete Einzelmaßnahmen umfassende Liste getreten, alles Schritte, zu deren Umsetzung die zukünftige Fraktion beauftragt wurde.

Damit hängt eine weitere Eigenschaft dieses Programms zusammen: Es ist in neuer und bislang ungewohnter Form abrechenbar. Natürlich, und das sei unumwunden zugegeben, haben nur wenige bei der Formulierung der mitunter sehr ambitionierten Aufgaben und Teilziele daran gedacht, dass wir

Aufgabe/Teilziel: 141

„Der Fußgängertunnel am Neustädter Markt soll nicht verfüllt werden.“

Kommunalwahlprogramm 2014
Mitmachen und online abstimmen!
www.dielinke-dresden.de

DIE LINKE.

nach der Wahl in einer stabilen Mehrheitskonstellation arbeiten können.

Und selbstverständlich sind eine ganze Reihe der von der Partei in Auftrag gegebenen Maßnahmen nur Momentaufnahmen, die in den Monaten der Programmaufstellung bedeutsam waren und nun in ihrer Wichtigkeit etwas zurückfallen. Dennoch ist die Form des Programmes geeignet, zu jedem Teilziel, zu jeder Aufgabe regelmäßig Bericht zu erstatten, wie der Stand der Umsetzung ist. Und es ist die Aufgabe der Stadtvorsitzenden, dies den 15 auf den Listen der LINKEN gewählten Stadträtinnen und Stadträten immer wieder in Erinnerung zu rufen.

Einen ersten Versuch gab es dazu auf der Frühjahrsklausur in Königstein. Dort wurden die bisher in der Kooperation erreichten Arbeitsstände dargestellt, der Reihe nach je Ausschuss des Stadtrates. Aus meiner Sicht sehr erfreulich war, dass eine ganze Reihe

der Kolleginnen und Kollegen Bezug zu den Aufgaben und Teilzielen nahm und Schwerpunkte der nächsten Monate für sich festlegte. Klar geworden ist dabei, dass für einen großen Teil der von der Partei beauftragten Punkte nicht nur ein einfacher Antrag genügt, sondern die gesamte Wahlperiode benötigt wird und die Instrumente, mit denen wir arbeiten können, durchaus auch über das normale Ratsinstrumentarium hinausgehen.

In einigen wesentlichen Punkten ist mit dem Haushaltsbeschluss des Stadt-

rates im Dezember bereits Vorlauf geleistet worden. Hier sei an die deutlich erhöhte Fördersumme für Kultur und Jugendhilfe erinnert, ebenso an die Bereitstellung von Mitteln für das Sozialticket oder die Anschubfinanzierung einer Wohnungsgesellschaft. Aus meiner Sicht gibt es an zwei Stellen noch Nachholebedarf: Einerseits sollte über die Fraktionsgeschäftsstelle und den Fraktionsvorstand die Federführung für jede einzelne Maßnahme durch eine unserer Stadträtinnen und Stadträte festgelegt werden und der „Erfüllungsstand“ jederzeit abrufbar sein.

Und andererseits würde ich mir wünschen, dass Mitglieder des Stadtverbandes, die ja viel Arbeit in die Aufstellung des Programmes investiert haben, die Umsetzung der Ziele beobachten und unterstützen.

Aufgabe/Teilziel: 19

„Dresden erhöht die Förderung für die freie Jugendhilfe so, dass mindestens zehn neue Jugendeinrichtungen geschaffen und gut ausgestattet werden können.“

Kommunalwahlprogramm 2014
Mitmachen und online abstimmen!
www.dielinke-dresden.de

DIE LINKE.

Das Kommunalwahlprogramm 2014 im Internet: www.dielinke-dresden.de/wahlen/kommunalwahl-2014/ein-etwas-anderes-wahlprogramm/

Zur Lage der Frauen in der EU

von Anja Eichhorn

Am 8. März, anlässlich des Internationalen Frauentages, sind bundes- und europaweit Tausende Menschen gemeinsam auf die Straße gegangen und haben Gesicht gezeigt gegen Sexismus, Gewalt an Frauen und Diskriminierung. Vieles wurde schon erreicht und dennoch sind wir im Jahr 2015 von einer geschlechtergerechten Gesellschaft und einer wirklichen Gleichstellung von Frauen und Männern noch weit entfernt. So zeigt der wesentliche Initiativbericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2013, des Europaabgeordneten und Mitglied des FEMM-Ausschusses Marc Tarabella, dass viele Ziele noch unerreichbar sind. So haben nach wie vor traditionelle Geschlechterrollen, die Sexualisierung von Frauen und geschlechtsspezifische Stereotypen großen Einfluss, zementieren patriarchale Rollenbilder und behindern eine gleichberechtigte Teilhabe. Forciert und befeuert wird das von rückwärtsgerichteter, konservativer Politik a lá Beatrix von Storch und anderen Ewiggestrigen.

Im Bereich Arbeit und Soziales setzen sich die Ungleichheitsstrukturen fort. Die Beschäftigungsquote in der EU bei Frauen liegt bei 63% und sie verdienen durchschnittlich 16,4% weniger als Männer. Weiterhin wird festgestellt,



Foto: privat

dass nur 31% der Unternehmer_innen in der EU Frauen sind und nur 17,8% Frauen in unternehmerischen Leitungsfunktionen tätig. Würde sich diese Tendenz fortsetzen, hätten wir erst im Jahr 2038 eine Erwerbsquote von 75% und erst 2084! eine Entgeltgleichheit in der Europäischen Union. Viele Frauen sind in Teilzeitarbeit, in geringen Lohnverhältnissen und leben unter prekären Bedingungen. Sie sind stärker von Armut betroffen, dies gilt beson-

ders für Alleinerziehende und speziell für ältere Frauen. Ein Drittel der älteren Frauen in der EU beziehen keinerlei Altersrente. Altersarmut ist weiblich. Das können wir nicht hinnehmen! Es muss Maßnahmen und Pläne zur Verringerung geschlechtsspezifischer Beschäftigungsgefälle geben. Dazu gehört u.a. gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Eine Studie der Grundrechteagentur FRA führt darüber hinaus erschreckend

vor Augen, dass ein Drittel aller Frauen in der EU Gewalterfahrungen ausgesetzt sind und ca. 21 Mio. der unter 15-jährigen Mädchen, Übergriffe in Form von sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung erfahren. Die EU-Opferschutzrichtlinie erfährt allerdings nur halbherzig und schleppende Umsetzung. Diese Beispiele ließen sich fortsetzen und machen die Dringlichkeit des Handelns deutlich. Gegen Gewalt gegen Frauen müssen wir kämpfen! Die Mitgliedsstaaten müssen die EU-Opferschutzrichtlinie unverzüglich per Gesetz realisieren! Gleichzeitig fordern wir als LINKE, dass die EU der Istanbul-Konvention beitrifft, als eines der weitreichendsten regionalen Rechtsinstrumente zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Dazu muss es eine ausreichende und umfassende Bereitstellung von Mitteln für Überarbeitung von Aktionsplänen, die Opferbetreuung und Vorsorge geben.

Immer aber müssen wir gegen Sexismus und überholte Rollenbilder ankämpfen! Frauenrechte sind Menschenrechte! Sich für diese stark machen, ist bittere Notwendigkeit und das immer und überall. Eine geschlechtergerechte Gesellschaft muss zur Selbstverständlichkeit werden.

In diesem Sinne: We still loving feminism!

Wir wollen die Verhältnisse in Sachsen zum Tanzen bringen!

Am 28. Februar 2015 hat sich in Leipzig die neue LAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ gegründet. Die Gründungsversammlung fand in der Villa Davignon, dem Haus ohne Barrieren, in Leipzig statt.

von Birger Höhn

Der Einladung waren zahlreiche Teilnehmer gefolgt, wovon wir auch Gäste begrüßen konnten. Von der BAG konnten wir Maik Nothnagel als Inklusionsbeauftragter und Doris Sorge von der BAG sowie Tamina-Janine Veit von der LAG Hessen und Ralf Prozell von der LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik Sachsen-Anhalt willkommen heißen.

Zunächst begrüßte uns, sozusagen als „Hausherr“, Andreas Kermer, selbst Mitglied der LAG und beim mobilen Behindertendienst in Leipzig engagiert. Im Anschluss informierte Maik Nothnagel ausführlich über die derzeitige Lage zur Umsetzung der UNBRK innerhalb der Partei und in Deutschland. Danach fand eine breite, aber sachliche Debatte statt.

In den Sprecher_innenrat gewählt wurden Werner Kujat, Peter Kohlhaas, Susann Schöniger, Birger Höhn, Martina Wünschmann sowie Wilfried Thäsler. „Unsere Arbeit ist mit einem starken Mandat ausgestattet“, betonten die Teilnehmenden und verwiesen auf den Bundesparteitagbeschluss von 2011 in Erfurt.

2014 wurde vom Parteivorstand das Teilhabekonzept für Menschen mit Be-



Foto: LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Sachsen

Der neugewählte SprecherInnenrat (v.l.n.r.): Werner Kujat, Wilfried Thaesler, Peter Kohlhaas (vorn), Martina Wünschmann, Susann Schöniger, Birger Höhn

hinderung innerhalb der Partei beschlossen. Dieses wird Motivation und zukünftiger Auftrag für die LAG Sachsen sein, war sich die Versammlung einig.

Wir als Sprecher_innenrat bedanken uns für die rege Teilnahme und den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung sowie die Wahl. Wir wollen mit-

mischen und Impulse geben – mit kritischem Blick in und um die Partei! Der Sprecher_innenrat der LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik Sachsen

Aufruf zum 8. Mai

von Rotraut Näther

Am 08. März haben GenossInnen unseres Stadtverbandes im Gedenken an die Bücherverbrennung 1933 am Wettiner Platz ein Blumengebinde zur Erinnerung und Mahnung niedergelegt, TeilnehmerInnen waren Genn. + Gen. Haser (BO DD-Plauen), Genn. Kring (BO Hans Beimler, AG Antifa), Genn. Schmiedgen (BO DD-Plauen) u. Genn. Näther (BO DD-Plauen, AG Antifa).

Die MitgliederInnen des Ältestenrates und der AG Antifa rufen unsere GenossInnen im Stadtverband auf, vor dem 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus auf den Gräbern von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern in Dresden zum Gedenken Blumen niederzulegen. Wir haben eine Liste zusammengestellt, in der ihr die Orte der Gräber und der Gedenksteine für mehr als 1.400 Bürger aus von den Faschisten unterdrückten



Foto: Gudrun Schmiedgen

Ländern findet, die hier in Dresden bis 1945 ermordet wurden oder durch Entbehrungen und Misshandlungen ums Leben kamen. Bitte berätet in euren Ortsverbänden und Basisorganisati-

onen, ob wir als Stadtverband vor dem 08. Mai das Gedenken auch an die Opfer sichtbar machen wollen, die außerhalb des sowjetischen Garnisonsfriedhofes begraben wurden. Es wäre auch gut,

der Genn. Näther aus der AG Antifa (Kontakt: rottrautnaether@gmx.de) bis zum 27.04.2015 mitzuteilen, welche Gedenk- oder Grabstätte von euch mit Blumen bedacht werden wird. Wir können uns dann noch um die Grabstätten kümmern, die noch nicht bedacht wurden. Vielleicht ist es auch möglich, dass ihr die Gelder für die Blumen als Beitrag eurer BO aufbringt, damit wir unsere Parteikasse entlasten. Bitte schreibt uns auch, falls einzelne Gedenksteine oder Gräber nicht mehr auffindbar sind.

Für euren Einsatz anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung bedanken wir uns schon im Voraus sehr herzlich.

AG Antifa des Stadtverbandes
DIE LINKE. Dresden

TTIP stoppen!

von Pia Barkow

Am 18. April findet wieder ein bundesweiter Anti-TTIP-Aktionstag statt. In Dresden werden wir, zusammen mit Gewerkschaften, BUND und attac an dem Samstag von 14 bis 17 Uhr in der Wir AG einen Vortrag zu den Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf gewerkschaftliche Mitbestimmung und Arbeitnehmer_innenrechte diskutieren und im Anschluss daran, ab 17 Uhr, die Straßenaktion vom Herbst nochmal in der Neustadt durchführen: die Augen verbunden mit Augenbinden, als Zeichen für die Intransparenz der Verhandlungen ziehen wir durch die Neustadt und verteilen unsere TTIP-Flyer.



Foto vom TTIP-Aktionstag im vergangenen Herbst

Foto: privat



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



M ä r z 2 0 1 5

Klausurtagung der Fraktion DIE LINKE mit Eva-Maria Stange



Entspannte Atmosphäre zur Klausur der LINKEN mit Eva-Maria Stange (Bildmitte)

Foto: Max Kretzschmar

von Max Kretzschmar

Die 17 Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE kamen am vergangenen Wochenende zu einer zweitägigen Klausurtagung in Königstein (Sächsische Schweiz) zusammen. Mit dabei: Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen. Damit nahm erstmals ein Mitglied der Sächsischen Staatsregierung an einer Klausurtagung der LINKEN teil. Fraktionschef André Schollbach sagt dazu: „Wir schätzen Frau Dr. Stange als kompetente und angenehme Gesprächspartnerin. Im Gegensatz zu anderen Ministern fällt sie nicht durch ständige Pannen und fortwährenden Aktionismus auf, sondern leistet kontinuierlich eine gute Sacharbeit.“

Zentrale Themen der Klausurtagung waren der Stand und die weitere Umsetzung des Kooperationsvertrages der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen und SPD, konkrete weitere Schritte für bezahlbares Wohnen in Dresden sowie die Vorbereitung der bevorstehenden Wahl der Fachbürgermeisterinnen und -bürgermeister im Stadtrat.

Rot-Rot-Grün legt gemeinsamen Plan für Wahl der Beigeordneten vor

Die linke Stadtratsmehrheit hat ihre Verhandlungen zur künftigen Struktur der Rathauspitze und die im Sommer bevorstehende Wahl der Beigeordneten erfolgreich abgeschlossen. Dazu sagt André Schollbach: „Wir stehen zu unserem vor der Kommunalwahl abgegebenen Versprechen. Die wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte sollen an der Stadtspitze vertreten sein.“ Deshalb beansprucht Rot-Rot-Grün nicht alle Beigeordneten für sich, auch die CDU solle das Vorschlagsrecht für zwei Geschäftsbereiche (Ordnung und Sicherheit sowie Bildung) erhalten. DIE LINKE hat das Besetzungsrecht für die Dezernate Arbeit, Soziales, Wohnen und Gesundheit sowie Kultur und Tourismus. Die SPD erhält den Bereich Finanzen, Personal und Recht. Die Grünen zeichnen künftig für die Ressorts Stadtentwicklung und Bau sowie Umwelt und Kommunalwirtschaft verantwortlich. Rot-Rot-Grün legt weiterhin Wert darauf, dass der Grund-

satz der Gleichberechtigung von Mann und Frau bei der Besetzung der Bürgermeisterriege zur Anwendung kommt.

Anträge für Sozialticket und städtische Wohnungsgesellschaft

Die Fraktion DIE LINKE befasste sich auf der Klausurtagung weiterhin mit dem Stand der Umsetzung des Wahlprogramms und des Kooperationsvertrages. Dazu berichteten alle Stadträtinnen und Stadträte aus ihren Aufgabengebieten und legten die geplanten Vorhaben für das laufende Jahr dar. Zwei wesentliche anstehende Projekte sind die Einführung eines „echten“ Sozialtickets sowie die angekündigte Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft. An entsprechenden Anträgen wurde in den vergangenen Monaten intensiv gearbeitet, sodass diese nun auf den Weg gebracht werden können. Die finanziellen Grundlagen wurden bereits mit dem von Rot-Rot-Grün im Dezember beschlossenen städtischen Haushalt gelegt.

Bürgersprechstunden unter freiem Himmel

Donnerstag, 26. März
16:30 bis 18 Uhr
Elbcenter Mickten
Leipziger Straße

Stadträtin Pia Barkow und
Ortsbeirat Maurice Devantier

Freitag, 27. März
13 bis 15:30 Uhr
Sachsenforum Gorbitz

Fraktionsvorsitzender
André Schollbach und
Stadträtin Cornelia Eichner

Freitag, 27. März
16:30 bis 18 Uhr
Hauptstraße Goldener Reiter / Nordzugang Tunnel

Stadträtin Jacqueline Muth
Ortsbeirat Kristin Hofmann

Montag, 30. März
16 bis 18 Uhr
Prohliszentrum
Prohliser Allee 10

Stadträtin
Dr. Margot Gaitzsch

Dienstag, 31. März
15 bis 17 Uhr
Konsum Zschertnitz

Stadtrat Andreas Naumann

Donnerstag, 02. April
16 bis 18 Uhr
Nudelturm
Königsbrücker Straße

Stadträtin Jacqueline Muth
Stadtrat Dr. Martin Schulte-Wissermann (DIE PIRATEN)

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

März 2015

DRUCKSACHE #3

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

Inszenierung

MARINA GARDEN

Falsche Tatsachenbehauptungen und ein Stadtrat, der sich davon mehrheitlich nicht beirren lässt



Die Geschichte hat es in sich: In der Januar-Sitzung hatte der Stadtrat eine Veränderungssperre für das Gelände am Puschkin-Platz beschlossen - dort, wo der Luxuskomplex Marina Garden im Hochwassergebiet entstehen soll. Am 5. März ging den Stadträtinnen und Stadträten ein Schreiben der CDU-dominierten Landesdirektion zu, die den Beschluss beanstandete - der Vorwurf: LINKEN-Stadträtin Jacqueline Muth soll bei der Entscheidung befangen gewesen sein. Grund der angeblichen Befangenheit: eine durch sie betriebene Töpferwerkstatt auf dem Gelände. André Schollbach erwiderte auf die Unterstellung der Befangenheit: "Die CDU inszeniert hier etwas im Verbund mit der Landesdirektion. Dieses Muster ist nicht neu."

Was wirklich stimmt: Stadträtin Muths Töpferwerkstatt gibt es seit dem Hochwasser 2013 nicht mehr. Die LINKEN-Stadträtin wurde von der Landesdirektion zuvor nicht zu den Vorwürfen befragt - ein Skandal. Damit nicht genug: Während die Stadträtinnen und Stadträte den Bescheid am 5. März bekamen, verwendete ihn die Dresdner CDU bereits am 4. März in einer Pressemitteilung. Hilfe bei der Wahrheits- und dann bei der Entscheidungsfindung: Der Stadtrat stimmte für die Widerspruchserhebung gegen den unsäglichen Bescheid der Landesdirektion. Am Ende ein klares Signal des Fraktionsvorsitzenden zur Drohung der Marina-Garden-Investorin, den Elbe-Radweg abzureißen: "Rot-rot-grün lässt sich nicht erpressen!"

Posse am KOREANISCHEN PLATZ

Umstrittene Platzumbenennung gegen Stimmen der Fraktion DIE LINKE beschlossen



Den Stadträtinnen und Stadträten ist vor über einer Woche eine Einladung zur Einweihung des Koreanischen Platzes am Montag, den 23. März, zugegangen. Merkwürdig, stand die Entscheidung über die Benennung des Parkplatzes am Bahnhof Mitte doch erst heute final auf der Stadtratstagesordnung. Es gibt noch weitere Kritikpunkte an dem Namen "Koreanischer Platz", der im ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung noch "Korea-

Platz" geheißen hatte. Stadtrat Jens Matthis erinnerte sich in der Debatte an "Besuche der englischen Königin, von Barack Obama und Wladimir Putin, allerdings jedoch nicht an die Einweihung einer russischen Straße."

In der Debatte wurde die Notwendigkeit eines Ländernamens für einen Platz (in Dresden unüblich) mit der Teilung Koreas begründet - 25 Jahre nach der Wende eine Art Verpflichtung. Tilo Wirtz entgegnete: "Die Festlegung eines Einweihungstermins ohne demokratische Entscheidung mit Verweis auf die ersten demokratischen Wahlen vor 25 Jahren - das grenzt an Hohn." Der Einlader zur Einweihung verzog keine Miene, schließlich geht es am Montag um einen weltpolitischen Auftritt - für den OB-Kandidaten Dirk Hilbert.

RATSSPLITTER



Wir haben es beim letzten Mal versprochen - wir bleiben am Ball: Auch in dieser Sitzung stand die Überarbeitung der Sportförderrichtlinie auf der Tagesordnung. Unsere Kritik: Vereinen, in denen die Mitglieder "nur" geringere Mitgliedsbeiträge leisten können bzw. müssen, würden momentan durch die Stadt öffentliche Fördermittel versagt. Dazu Stadtrat Tilo Kießling: "Die momentane Regelung ist ungerecht. Gerade Sportvereine, die ihren Mitgliedern nur geringere Beiträge abverlangen können, müssen gefördert werden. Dafür sorgen wir mit der Überarbeitung dieser Richtlinie."

Sanierung des Neuen Rathauses: Die Kosten explodieren, die einstigen Zeitpläne sind Makulatur. Damit ist jetzt Schluss.

Kein Blankoscheck

Rot-grün-rot unterteilt die Sanierung so, dass die Verwaltung nicht mehr freihändig agieren kann. Tilo Wirtz: "Wir nehmen den Finanzbürgermeister jetzt an die Hand."



Jetzt auch in Dresden: der Aktionsplan zur Umsetzung der "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene". Für Stadträtin Pia Barkow "ein erster Schritt mit überprüfbaren Maßnahmen". Dresdner Nachholebedarf bei der Geschlechtergleichstellung ist im Stadtrat regelmäßig beim Blick auf die CDU-Fraktion oder die Bürgermeisterriege klar erkennbar. Dieses Jahr lässt sich letzteres allerdings ändern.

Krankenversichertenkarte für Asylsuchende

Chipkarte beendet unzumutbare Praxis

von Pia Barkow

Seit dem 24. März 2015 wird über unseren Antrag zur Einführung einer Krankenversichertenkarte für Asylsuchende in den Fachausschüssen diskutiert.

Bekannt unter dem Namen „Bremer Modell“ soll mit dieser Praxis Asylsuchenden, die in Dresden leben, ab dem ersten Tag eine Chipkarte ausgehändigt werden, die es ihnen ermöglicht, direkt zum Arzt zu gehen, wenn sie krank sind. Bisher müssen sie im Krankheitsfall zunächst ins Sozialamt, dort vor VerwaltungsmitarbeiterInnen ihre Krankheit schildern und einen Krankenschein beantragen. Erst mit diesem Krankenschein können sie dann zum Arzt zur eigentlichen Behandlung gehen. Wenn nun eine AllgemeinmedizinerIn die Weiterbehandlung bei einem Facharzt/Fachärztin empfiehlt, müssen Asylsuchende wieder ins Sozialamt und mit der Empfehlung eine Überweisung zur Fachuntersuchung beantragen. Erst damit ist dann eine Behandlung in einer Fachpraxis möglich.

Mit der Einführung einer Chipkarte wollen wir diese unzumutbare Praxis erleichtern, wer krank ist, soll nicht ins Rathaus, sondern zum Arzt gehen.

In Bremen und Hamburg – beide Städte haben seit 10 bzw. 3 Jahren eine entsprechende Chipkarte eingeführt – wur-



Foto: Tim Reckmann / pixelio.de

den sehr positive Erfahrungen gemacht. Zunächst einmal ist es für die Kranken selbst eine erhebliche Erleichterung, nicht erst durch die halbe Stadt fahren zu müssen, sondern gleich die Praxis um die Ecke aufzusuchen. Das führte in beiden Städten auch dazu, dass Asylsuchende Krankheiten viel früher behandeln lassen und nicht erst abwarten, ob sie sich vielleicht von selbst wieder kuriert. Je früher eine Krankheit behandelt wird, desto besser, da bei einer Verzögerung Symptome schlimmer werden können und/oder das geschwächte Immunsystem anfälliger ist für weitere Infektionen.

Dieser Umstand der früheren Behandlung führt auch dazu, dass die Behandlungskosten deutlich sinken,

da die Krankheit sofort behandelt werden kann und die Gefahr, dass weitere oder Folgekrankheiten auftreten, die zu einem größeren Behandlungsaufwand führen, geringer ist.

Darüber hinaus können sich die VerwaltungsmitarbeiterInnen wieder ihren eigentlichen Aufgaben widmen und verbringen ihre Arbeitszeit nicht mit dem Ausstellen von Krankenscheinen – zumal eine Einschätzung, ob PatientInnen tatsächlich krank sind und für nicht medizinisch geschultes Personal durchaus schwierig ist...

Laut einer Anfrage an die Stadt Dresden, wie viele MitarbeiterInnen im Sozialamt mit dem Ausstellen dieser

Krankenscheine beschäftigt sind, wurde im März 2014 die Antwort gegeben, dass 10 MitarbeiterInnen 25-30% ihrer Arbeitszeit genau dafür aufwenden. Anders ausgedrückt: 3 MitarbeiterInnen sind in Vollzeit dafür eingesetzt, Krankenscheine auszuhändigen!

Diese bürokratische Praxis ist völlig unsinnig und für alle Beteiligten unnötig beschwerlich. Denn auch die Arztpraxen können die Behandlung nicht wie bei allen anderen PatientInnen elektronisch abrechnen, sondern müssen Formulare ausfüllen und an die Stadt zur Übernahme der Kosten senden – auch das ist unnötiger Zusatzaufwand.

Durch die Vereinfachung der medizinischen Versorgung von Asylsuchenden wurden in der Folge auch sowohl in Bremen als auch in Hamburg erhebliche Gelder eingespart.

Wie in dieser kurzen Beschreibung aufgelistet, liegen die Vorteile für alle Beteiligten auf der Hand, umgekehrt ist kaum zu erklären, warum die Praxis derzeit so umständlich ist. Daher möchten wir in Dresden dem Bremer Modell folgen und auch hier an Asylsuchende eine Krankenversichertenkarte aushändigen.

pia.barkow@dielinke-dresden.de

Bienenstock Kulturpalast

von Annektrin Klepsch

Im Frühjahr 2017 soll der umgebaute Kulturpalast nach fünf Jahren wiedereröffnet werden. Der Stadtrat muss nun ein Betreiberkonzept beraten.

Nicht viele Gebäude haben es in Dresden ungewollt zum jahrelangen Zankapfel gebracht. Der Dresdner Kulturpalast, bereits in den 50er Jahren geplant, wurde 1969 als Haus mit Mehrzwecksaal, Studiobühne, Restaurant und Chorprobenräumen eröffnet. Im Jahr 2007 musste er für fünf Monate schließen, damit dringend notwendige Brandschutzmaßnahmen realisiert werden konnten. Im Jahr 2010 schließlich beschloss der Stadtrat nach jahrelanger Debatte mit den Stimmen von CDU, Bürgerfraktion und Grünen, dass entgegen vorheriger Beschlüsse eine Sanierung nicht ausreiche, sondern ein Komplettumbau des Saales notwendig sei.

Wenn der Kulturpalast im Frühjahr 2017 wieder eröffnet wird, kehrt nicht nur die Dresdner Philharmonie an ihre Heimatstadt zurück, sondern auch die Städtischen Bibliotheken und das Kabarett Herkuleskeule sollen einziehen. Dahinter steht die Idee, dass der Kulturpalast zukünftig nicht nur abends im Rahmen von Konzerten, sondern auch tagsüber mit BesucherInnen belebt sein soll.

Mit der Berufung von Frauke Roth als Intendantin der Philharmonie im Jahr 2013 beschloss der Stadtrat auch, dass für den umgebauten Kulturpalast ein



Foto: Bildpixel / pixelio.de

Betreiber- und Veranstaltungskonzept zu erarbeiten ist. In der März-Beratung des Kulturausschusses wurde nun dem Stadtrat der Entwurf eines Bespielungskonzeptes vorgelegt. Doch bereits der Beschlussvorschlag lässt erahnen, dass die finanziellen Herausforderungen in der Bewirtschaftung des umgebauten Kulturpalastes ein konfliktbehaftetes Thema sind. Denn die Fortschreibung des vorgelegten Betreiberkonzeptes soll künftig am Stadtrat und seinen Ausschüs-

sen vorbei nur noch der Lenkungsgruppe Kulturpalast zur Kenntnis gegeben werden, die als nichtöffentliches Gremium tagt und auch kein Beschluss besitzt.

Aufhorchen lässt der Entwurf auch hinsichtlich der Lastenverteilung für die Betriebskosten des Kulturpalastes. Wurde dem Stadtrat vor der Entscheidung über den geplanten Umbau ein zeitweiliger zusätzlicher Finanzierungsbedarf für die Interimmspielstätten der

Philharmonie mitgeteilt, werden diese Mehrkosten von mehr als einer Million Euro jährlich nun angeblich dauerhaft für die Mietzahlungen an die städtische Tochtergesellschaft KID (Kommunale Immobilien Dresden GmbH) benötigt. Ebenso soll eine Ausweitung der Klassik-Konzerte in Zusammenarbeit mit den Musikfestspielen nur möglich sein, wenn der städtische Zuschuss erhöht wird. Die Frage, wie andere Ensemble und langjährige Nutzer des Kulturpalastes wie der Dresdner Bergsteigerchor künftig die Mietkosten tragen können, werden dagegen nur am Rande erwähnt und auf die Notwendigkeit einer flexiblen Mietpreisstafflung hingewiesen.

Eine indirekte Subventionierung der KID durch höhere Nutzermieten, die durch die Zuschusserhöhung aus dem Kulturretat finanziert werden, hieße, den Kulturbereich zu kannibalisieren, wenn nicht der Haushaltsansatz insgesamt erhöht wird. Denn bereits seit 2013 müssen die städtischen Kultureinrichtungen wie Museen, TJG und Operette eine dauerhafte Kürzung ihrer künstlerischen Etats verkraften, die die Handlungsfähigkeit auszehrt.

Dass auch der umgebaute Kulturpalast wirtschaftlich nicht selbsttragend funktioniert, wird mit dem Bespielungskonzept nun deutlich. Es liegt in der Verantwortung der neuen Stadtratsmehrheit, einen Beschluss zu fassen, der künstlerische Vielfalt und kulturelle Teilhabe auch im wiederbelebten Kulturpalast ermöglicht.

KOLUMNE

ganz
hinten
links



von Jens Matthis

Manchmal sorgt die Aufsicht für Aufsehen. Zum Beispiel in der Dresdner Kommunalpolitik. Damit meine ich jetzt nicht die Kommunalaufsicht in Gestalt der Landesdirektion, die nach fast jeder Stadtratssitzung Beschlüsse beanstandet, dann aber nach einigem juristischen Hin und Her meistens klein beigeben muss.

Gemeint ist hier die Aufsicht der zahlreichen städtischen Unternehmen. Diese werden bekanntlich nicht direkt vom Stadtrat überwacht, sondern von Aufsichtsräten, die wiederum durch den Stadtrat besetzt werden. Und das sorgte für Aufregung. Da in den meisten dieser Aufsichtsräte neben einem Fachbürgermeister nur sechs Stadträte sitzen, gingen die beiden kleinsten Fraktionen AfD und FDP mit fünf bzw. vier von 70 Stadträten leer aus. Wortgewaltig wetterte vor allem der FDP-Fraktionschef Holger Zastrow gegen die vermeintliche Unfairness von Rot-Grün-Rot-Orange.

AfD und FDP zogen vor Gericht und kassierten dabei eine erste Niederlage. Der Rechtsstreit selbst wird sicher noch Jahre weitergehen. Soweit - so gut, auch kleine Fraktionen haben eine Recht auf Rechtssicherheit. Verständlich ist, dass auch diese Fraktionen ein Auge auf die städtischen Unternehmen werfen wollen.

Es war aber auch gar nicht die Absicht der größeren Fraktionen, die Kleineren auszuschließen. Nur müsste deren Beteiligung rechtssicher sein. Früher ging dies im Einigungsverfahren. Das heißt, ALLE Stadträte mussten sich über die Besetzung der Gremien einvernehmlich einigen. So etwas ist nicht mehr möglich, seit auch Nazis im Stadtrat sitzen. Deshalb muss nach Fraktionsproporz besetzt werden. Und bei sechs Stühlen gehen die Kleinen nun einmal leider leer aus. Wenigstens in den Aufsichtsräten der großen Gesellschaften (TWD, DVB, DREWAG) mit je zehn Sitzen könnten sie vertreten sein, wenn ... Ja, wenn nicht der Sächsische Landtag im vergangenen Jahr das minderheitenunfreundliche Auszahlverfahren nach D'Hondt, bei dem Reste abgerundet werden, festgeschrieben hätte.

Davon profitieren die großen Fraktionen. Der CDU war das sicher auch klar, als sie im Landtag diese Änderung anregte. Eine Mehrheit hatte sie dafür freilich nur Dank ihres damaligen Koalitionspartners, welcher begeistert zustimmte. Dumm nur, dass das damals auch eine FDP-Fraktion unter Holger Zastrow war.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Dresden diskutiert über seine neue Sportförderrichtlinie

Dabei sein ist alles!

von Dr. Margot Gaitzsch

DIE LINKE. Sachsen formuliert in ihrem Programm: „Unser Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern sportliche Betätigung zu ermöglichen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem sozialen Status, von Nationalität, Geschlecht, Alter, Beeinträchtigung oder Region, aus der sie kommen, und so die soziale Integrationskraft des Sports zu stärken. Insbesondere für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien muss der Zugang zur Betätigung in Sportvereinen erleichtert werden.“

Für die 2009 beschlossene Sportförderrichtlinie wird ihre Aufgabe folgendermaßen definiert: „Aufgabe der kommunalen Sportförderung ist die Sicherung eines für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglichen qualifizierten und differenzierten Sportangebotes in Dresden. Die Landeshauptstadt Dresden erkennt mit der folgenden Richtlinie die hohe gesellschaftliche, soziale und gesundheitspolitische Bedeutung des Sportes, insbesondere des organisierten Sportes, als einen bedeutenden Bestandteil des Lebens in Dresden an. Die Landeshauptstadt Dresden gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie sowie der Verwaltungsvorschrift.“

Allerdings wird die Sportförderrichtlinie dieser Aufgabe, alle Sporttreibenden in Dresden unbürokratisch und umfassend zu unterstützen, nicht durchgängig gerecht. Kürzlich musste sich der Sportausschuss mit folgendem Fall befassen: Der SV Flugzeugwerft, bei dem Mädchen und Jungen, Männer und Frauen turnen, Rhythmische Sportgymnastik treiben oder Volleyball spielen, hat 220 engagierte Mitglieder. Getragen wird die Arbeit – wie in den meisten Vereinen – vom Ehrenamt. Der Verein wirtschaftet sparsam und konnte dies vom Finanzamt regelmäßig bestätigt bekommen. Nun gibt es in der 2009 beschlossenen Sportförderrichtlinie aber eine Regelung, wonach ein Verein erst dann förderfähig wird, wenn er einen durchschnittlichen Monatsbeitrag von 5 Euro pro Mitglied erhebt. Der SV Flugzeugwerft kommt mit weniger aus. Das sollte ihm nun zum Verhängnis werden.

Vorpremiere: Anthologie Dresdner Autor*innen erscheint

Unter dem Titel „Geschichten von Frau Keuner und anderen prächtigen Gesellen“ findet am 7. April 2015 die Vorpremiere zum Erscheinen der gleichnamigen Anthologie in den Räumen des Gorbitzer Quartiersmanagements statt.

Der Idee der Brechtschen Keuner-Geschichten folgend haben mehrere Autor*innen aus Dresden dafür Erzählungen und Gedichte zusammen getragen, die alltagsnah sind und dabei, manchmal mit einem Augenzwinkern, tiefe Einsichten in menschliche Bedingungen bieten. Herausgegeben wird die Anthologie von der Schreibwerkstatt Gorbitz unter der Leitung von Cornelia



Foto: Burkhard Vogt / pixelio.de

Entsprechend der Richtlinie sollte ihm die Förderfähigkeit abgesprochen werden. Das würde bedeuten, dass er statt 2000 nahezu 35 000 Euro Miete pro Jahr für die Nutzung von Sportstätten zahlen müsste. Wer sparsam wirtschaftet wird bestraft. Das kann doch wirklich nicht Ziel der Sportförderung in Dresden sein. Wäre die Richtlinie formal angewendet worden, hätte das das Aus für den Verein bedeutet. Dem konnte mit einem interfraktionellen Antrag von Rot-Rot-Grün ein Riegel vorgeschoben werden. Gleichzeitig wurde mit diesem Antrag die Überarbeitung der Sportförderrichtlinie beschlossen. Nun ist die Verwaltung in der Pflicht eine überarbeitete Richtlinie vorzulegen. Dann sind aber auch die Parteien und alle an der Entwicklung besserer Bedingungen für den Sport in Dresden interessierten Menschen gefordert. Wenn wir als DIE LINKE uns konstruktiv in diesen Prozess einbringen wollen, müssen wir uns zuerst selbst darüber klar werden, welche Ziele wir für den Sport in Dresden verfolgen. Dazu einige Fragen, die wir in einer Anhörung mit Sportpolitiker_innen, Sportpraktiker_innen und Sportwissenschaftler_innen beantworten sollten:

1. Was definieren wir als Ziel für den Sport in Dresden?
2. In welchem Verhältnis stehen Spitzensport, wettkampforientierter Breitensport, allgemeiner Sport und das Sporttreiben außerhalb eines Vereins?
3. In welchem Verhältnis stehen Profisport und Freizeitsport? Was kann und will sich Dresden leisten?
4. Müssen die aktuellen Bedingungen in der Stadt Dresden verändert werden, um unsere Ziele zu erreichen? Wenn ja, was ist dafür notwendig?
5. Welche Veränderungen der Sportförderrichtlinie sind notwendig, um das Sporttreiben in Dresden gleichberechtigt und unbürokratisch im Sinne unserer Ziele zu unterstützen?

Gilt die Olympische Devise: Schneller, Stärker, Weiter?

Ich freue mich auf die kommende Diskussion.

margot.gaitzsch@dielinke-dresden.de



Foto: Lupo / pixelio.de

ia Eichner und Cosmo von der Beerenburg. Der Verleger Heinz Freiberg in dessen Dresdner Edition Freiberg die Anthologie erscheint, begleitet den kompletten Entstehungsprozess und gibt den Autor*innen verschiedene Einblicke in die Literatur- und Verlagswelt. Möglich wird die Anthologie durch Unterstützung des Gorbitzer Quartiersbeirats.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Max Kretzschmar, Dr. Margot Gaitzsch, Pia Barkow, Jens Matthis, Jacqueline Muth, Thomas Feske
Fotos: pixelio.de
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 15.04.2015
Druck: Lausier Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 3.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog

Dresden braucht mehr als nur Symbole

von Franziska Fehst

Eigentlich wollte ich an dieser Stelle einen Bericht zum 13.02.2015 schreiben. Aus aktuellem Anlass wird es in dem Artikel nicht nur um den 13. gehen. Nachdem letztes Jahr der Vorabend vom 13. Februar von Nazis benutzt wurde, um mit Fackeln durch die Stadt zu laufen, wollten wir dieses Jahr bereit sein. Tagelang hielten sich alle bereit, ob doch noch etwas kommt. Aber nichts. Stattdessen wurde ein „ruhiger“ 13. Februar verlebt. So wie es sich die Bürger_innen dieser Stadt immer gewünscht haben. Der Täterspuren-mahngang war indes gut besucht; bei schönstem Wetter und mit guter Laune wurde dann der Neumarkt erreicht, auf dem die Gruppe um Lothar König bereits seit dem Mittag eine Kundgebung abhielt. Sogar eine „linke“ Band, Feine Sahne Fischfilet, durfte spielen. Also alles gut? Bei weitem nicht! Um die Rede von unserem Ober-Gauck nicht zu stören musste zunächst die Musik abgestellt werden. Anschließend wurde das Singen unter Androhung einer Geldstrafe vom Ordnungsamt untersagt.

Wie jedes Jahr wurde danach die Menschenkette geschlossen. Der Inbegriff der Dresdner Symbolpolitik: „Die Menschenkette ist doch schon ein Symbol gegen rechts.“ Ähm, hat aber, trotz häufiger Darstellung, nicht den größten Naziaufmarsch Europas aus Dresden vertrieben. 18 Uhr traten ein paar der Redaktion völlig unbekannte Menschen als kleine Protestaktion aus der Kette heraus mit ein paar Stücken Papier auf denen: „Dresden braucht mehr als nur Symbole!“ stand. Die Bedeutung

dieser Worte sollte sich in den nächsten Tagen und Wochen noch zeigen.

Der Abend verlief ruhig. Außerdem wollte man fit sein, da die AfD am nächsten Morgen ihren Kranz am Denkmal auf dem Altmarkt niederlegen wollte und befürchtet wurde, dass dies von noch rechteren Kräften ausgenutzt würde. Dem war nicht der Fall. Begleitet von ein paar fröhlichen, jungen, ebenfalls der Redaktion unbekannt, Menschen wurden die Kränze niedergelegt. Anschließend wurde eine Menschenkette um das Denkmal und die Polizei, die den Kranz vor „den bösen Demonstrierenden“ schützen sollte, gezogen. Danach kam es zu einer Spontandemonstration von Dresden Nazifrei. Etwa 50 Menschen liefen zum Denkmal der alten Synagoge, um dort ein paar Blumen niederzulegen. Ein trauriges Symbol dafür, wie mit der Reichspogromnacht von 1938 und im Vergleich dazu mit dem 13.02. umgegangen wird. Nach diesen Geschehnissen dachten fast alle der Spuk sei vorbei. Aber nein. Für den Sonntag wurde dann eine Demo von Maik Müller angemeldet. Über viele Dinge könnte ich mich an dieser Stelle aufregen: über die Versammlungsbehörde, welche erlaubte, die Route noch kurzfristig zu ändern und wie immer keine Informationen herausgab. Über die erschreckende Polizeigewalt und PolizistInnen, die teilweise nicht mal die Demosantäter_innen durchließen, während Menschen regungslos auf dem Boden lagen. Ich möchte mich aber auch noch über etwas anderes aufregen: in jeder verdammten Stadt steht, wenn



Foto: Linksjugend [solid] Dresden

Nazis marschieren eine OB auf dem Marktplatz oder sonst wo und sagt, dass wir dieses Pack hier nicht haben wollen. Was passiert in Dresden? Nichts. Applaus, Applaus. Da ist sie wieder, die Symbolpolitik, die nichts gegen rechte Hetze unternimmt oder wenigstens klar Stellung bezieht. Der 13.02. steht für Dresden und dessen Politik wie kein Zweiter. Hauptsache einen „friedlichen“ Tag, kein schlechtes Bild von der Stadt abgeben.

Wenn die Bevölkerung von Dresden gefragt wird, was das wichtigste Thema sei: PEGIDA. Aber nicht etwa, weil die Übergriffe auf Migrant_innen gestiegen sind. Nein, das schadet ja dem guten Ruf der Stadt. Deswegen habe ich keinen Bock auf diese symbolischen Heile-Welt-Veranstaltungen, bei denen Musiker_innen ankarrt werden, nur um ein falsches Bild, einer sonst so gefühlkalten und hässlichen Stadt zu projizie-

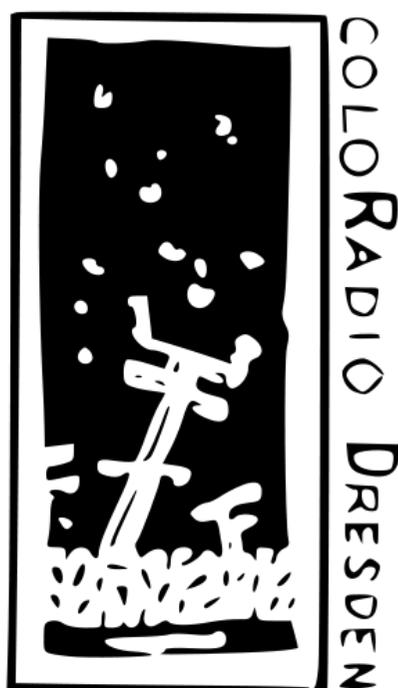
ren. Denn bei solchen Veranstaltungen erscheint die Dresdner Bevölkerung. Aber wenn sie, wie am 28.02. gemeinsam mit den Geflüchteten auf die Straße gehen sollen, dann geht das nicht. Und anstatt sich über 100 Nazis und PEGIDA-Anhänger_innen aufzuregen, die nach einem Abendspaziergang das Protestcamp der Geflüchteten stürmen, wird sich über ein paar Zelte und Klos vor der Semperoper aufgeregt. In diesen Tagen fällt nicht nur die Maskerade der PEGIDA, sondern auch die der Dresdner Bevölkerung. Dresden braucht mehr als nur Symbole. Dresden braucht mehr engagierte Menschen. Mehr Kritik und vor allem mehr Unterstützung von außen, um diese gesellschaftliche Entwicklung zu bekämpfen. Bei all der Wut dürfen wir aber auch nie vergessen dass wir nicht alleine sind. Es lohnt sich zu kämpfen, für ein besseres und vielleicht auch ein wirklich buntes Dresden.

Freie Radios in Sachsen, speziell in Dresden

von Martina Ulbig

Ein freies Radio ist nicht kommerziell, es wird also z.B. keine Werbung gesendet und es macht keinen Gewinn. Es ist aber auch kein „Staatsradio“, spricht nicht öffentlich-rechtlich. Meist sind freie Radios als Verein organisiert. Redaktionen und Sendungsmacher_innen arbeiten bei diesen Radios in der Regel ehrenamtlich und im Prinzip kann jede_r mit einer eigenen Sendung mitmachen, wer Lust hat, etwas im Radio zu senden (in den Bereichen Magazin [Politik, Kultur und Musik gemischt], Politik, Kultur und Musik). Menschenverachtende Ideologien werden allerdings nicht toleriert.

In der letzten Änderung des sächsischen Privatrundfunkgesetzes im Jahr 2014 werden nur Lokal-Fernsehsender gefördert. Freie lokale Radios existierten für die damalige CDU/FDP-Koalition nicht. Ich stellte mir dabei die Frage, ob die damalige Koalition Angst vor echtem Journalismus hat oder ob für die damalige CDU/FDP-Koalition nur ein insolventes freies Radio ein Gutes ist? Warum werden freie Radios in Sachsen, wenn, dann nur von der Kommune gefördert? Dabei gibt es zumindest in der SPD Menschen, die Ahnung von der Materie haben. So steht im neuen Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD eine erneute Novellierung des sächsischen Privatrundfunkgesetzes drin. In diesen registriert die Landesregierung die Existenz von freien, nicht kommerziellen Radios in



Sachsen und stellt eine Förderung durch die Landesebene in Aussicht. So sollen die Übertragungs- und Sendekosten übernommen werden, die einen großen Teil der Ausgaben bei freien Radios (in Chemnitz, Leipzig und Dresden) ausmachen. In anderen Bundesländern werden schon seit Jahren freie Radios durch die Landesebene gefördert.

Freie Radios sind, im Gegensatz zu reinen Internetradios, nicht nur im Livestream zu empfangen, sondern werden auch über UKW ausgestrahlt, auf Frequenzen auf denen in Zeiten, wenn keine Sendezeit ist meist öffentlich-rechtliche Radios (bei uns MDR Apollo) ausgestrahlt werden. Im Radiodeutsch heißt das dann, dass MDR Apollo das Rahmenprogramm und ColoRadio Dresden das Fensterprogramm ist. Meine Sendung ist also nur in den ColoRadio-Sendezeiten zu empfangen. Diese sind Montag bis Freitag 18-23.00 Uhr und am Wochenende von 12-0.00 Uhr. Meine eigene Sendung 6 Saiten und ein Verzerrer – vom Punk-Rock über Hardcore bis zum (Nu-)Metal läuft jeden 4. Montag im Monat von 18-19.00 Uhr (da habe ich meist eine lokale Band im Studio, die sich und ihre Aufnahmen vorstellt) und von 22-23.00 Uhr (meine normale Sendung wo ich meine Musik inkl. Musikwünsche spiele). Zwischendurch läuft der Abendgruß (ab 19.00 Uhr) für die Kinder (und ihre Eltern), das Montagmagazin und das Magazin Internationales. Ihr seht nur allein an einem Tag, dass unser Programm bunt und vielseitig ist. Es werden annähernd alle Musikrichtungen, teils in speziellen Sendeformaten gespielt, aber es gibt genauso Sendungen, die kritisch über das tagesaktuelle politische Geschehen oder über kulturelle Ereignisse und Veranstaltungen meist aus Dresden berichten. Da-

bei wechselt sich Wort- und Musikradio ab. Die Sendungen können mal spaßiger, mal erster sein. Das genaue Programm inkl. Sendeschema findet ihr unter www.coloradio.org. Wenn ihr keinen Internetzugang habt, könnt ihr ColoRadio in den beschriebenen Zeiten auch in Dresden und Umland (Teil mit Zimmerantenne, weil leistungsstarke Ausstrahlung des Signals sehr teuer ist) unter 98,4 und 99,3 MHz (UKW) empfangen. Sicher findet jede_r was von euch bei uns im Programm, da wir von Jungen Radio bis zum Seniorenradio alles im Programm haben (und noch vieles mehr...).



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG
E-Mail: info@linksjugend-dresden.de
Im Netz: www.linksjugend-dresden.de



MÄRZ

26 BürgerInnensprechstunde mit Stadträtin Annetrin Klepsch, MdL

Um Anmeldung unter [0351-8214793](tel:0351-8214793) wird gebeten.
ab 16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

Sitzung des Ortsvorstands Prohlis

18 Uhr | Querformat | Herzberger Straße 6

30 DIE LINKE. Eine für alle Dresden

18:30 Uhr • HdB • Großenhainer Str. 93 • www.dielinke-efa-dresden.de

31 BürgerInnensprechstunde mit Katja Kipping, MdB

Um Anmeldung unter [0351-5006165](tel:0351-5006165) wird gebeten.
10 bis 12 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

APRIL

08 Der neue Kalte Krieg in Osteuropa - Zur Einordnung des Konflikts in und um die Ukraine

Vortrag und Diskussion mit Boris Krumnow, Religionswissenschaftler, eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

13 BürgerInnensprechstunde mit Stadträtin Annetrin Klepsch, MdL

Um Anmeldung unter [0351-8214793](tel:0351-8214793) wird gebeten.
ab 16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

Bürgersprechstunde der Ortsbeirätinnen und Beratung des Ortsvorstandes Blasewitz

16:30 Uhr | Rathaus Dresden-Blasewitz | Ratsaal | Naumannstraße 5

DIE LINKE. Eine für alle! Dresden

18:30 Uhr • HdB • Großenhainer Str. 93 • www.dielinke-efa-dresden.de

14 Fraktionssitzung

18 Uhr | Beratungsraum 13, 4. Etage
Dresdner Rathaus

15 Das Kapital und die Verteilung im 21. Jahrhundert. Hat Piketty Recht?

Vortrag und Diskussion mit Stephan Kaufmann, Wirtschaftsjournalist und Mitautor des Buches „Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre: Thomas Pikettys „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

16 Stadtratssitzung

16 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

21 REIHE: JUNGE ROSA Perspektive Stadtentwicklung

Vortrag und Diskussion mit Stadträtin Dr. Kris Kaufmann, eine Veranstaltung der RLS Dresden
18 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

Ständige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [ˈsolid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Bibliothek der RLS in der WIR-AG

Martin-Luther-Str. 21

Öffnungszeiten:

Di + Mi:

10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr

Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr

Neu in der Bibliothek:

Jürgen Hartmann:

Religion in der Politik.

Judentum, Christentum, Islam.

Wiesbaden 2014, 288 S.

Ständige Termine im Roter Renner,
Rudolf-Renner-Str. 49

Montag: 14–16:30 Uhr

Dienstag: 16–17:30 Uhr

Mittwoch: 14–16:30 Uhr

Donnerstag: 16–17:30 Uhr

»Offenes Büro«

Öffentliche Ortsvorstandssitzung
zweiter Mittwoch im Monat ab 17:30 Uhr
jeden 1. Donnerstag:
Stammtisch ab 15:30 Uhr

KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore

Termine der LAG Hartz IV Dresden:

26.01.2015, 09.02.2015,

23.02.2015, 09.03.2015,

23.03.2015

Jeweils von 13:00 bis 14:30 Uhr

WIR AG | Martin-Luther-Str. 21



Der Rote Baum e.V. lädt alle geschichtlich Interessierten ein, ein Wochenende mit nach Buchenwald zu kommen. Dort wird es eine der letzten Möglichkeiten geben, mit ehemaligen Häftlingen ins Gespräch zu kommen.

Samstag, 11. April 2015

6:30 Uhr Großenhainer Str. 93

Jugendhaus / Star-Tankstelle

Sonntag, 12. April gg. 19 Uhr zurück

35 Euro Unkostenbeitrag

Anmeldung bis 13. März 2015

0173-6739399

rica.gottwald@freenet.de

Unser Genosse
Ronald Gierke

verstarb am 07.03.2015
mit 79 Jahren
Wir werden sein Andenken
bewahren.

Genossinnen und Genossen des
Ortsverbands Altstadt

Am 23.02.2015 starb
unsere Genossin

Henriette Fabian

im Alter von 95 Jahren.
Wir ehren Ihr Andenken.

Genossinnen und Genossen der BO 30/31

Unsere Genossin
Irene Gey

verstarb am 23.01.2015 mit 91 Jahren

Wir werden ihr Andenken bewahren.

Genossinnen und Genossen der
BO Otto Buchwitz

Wir trauern um unseren
Genossen

Lothar Popig,

der am 06. Dezember 2014 mit 85
Jahren verstarb.
Wir werden sein Andenken bewahren.

Genossinnen und Genossen der
BO Hans Beimler

Sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren wir unseren GenossInnen

Peter Ahlfeld, Neustadt
Ulrich Albrecht
Janica Beer, Pieschen
Herbert Berger, Leuben
Ursula Berthold, Leuben
Silvana Birkigt, West
Siegfried Blum, West
Gisela Bulla, Blasewitz
Jona Böhme, Leuben
Ingrid Böhmer, Nord
Gisela Böttger, Prohlis
Edeltraud Dreißig, Plauen
Senta Dörrer, Plauen
Anja Eichhorn, Neustadt
Elfriede Elsner, Plauen
Katrin Fleischer, West
Erna Freund, West
Jan Funke, West
Ute Gelfert, Pieschen
Johannes Gildemeister, Nord
Stefan Glasewald, Prohlis
Günter Gläser, Altstadt
Birgit Gütersloh, Blasewitz
Ursula Hahn, Blasewitz
Nick Hauskeller, West

Ingeburg Heerwagen, Leuben
Erika Herbrig, Leuben
Brigitte Hoffmann, Neustadt
Horst Jentsch, Leuben
Heinz Jäckel, Altstadt
Christa Kafka, Altstadt
Sigrid Kammel, Altstadt
Waltraud Karasek, Pieschen
Edith Kaubitzsch, Altstadt
Hannelore Klier, West
Bjarne Knöfel, Neustadt
Bärbel Knöfel, Plauen
Maximilian Kretzschmar,
Altstadt
Dirk Kring, Altstadt
Ralf Peter Krämer, Prohlis
Jana Kunert, Nord
Sören Kußmann, Nord
Ursel Kühn, Blasewitz
Nico Kühne, Plauen
Erich Lautenbach, Plauen
Volkmar Lindner, Altstadt
Kathrin Locke, Neustadt
Andreas Malessa, Neustadt
Wilfried Markert, Altstadt

Gerhard Martin, Prohlis
Hans Martin, Blasewitz
Willy Martin, Plauen
Erik Matych, West
Annemarie Michel, Plauen
Carmen Michler, Prohlis
Werner Mickel, Altstadt
Jenny Munsky, Neustadt
Roland Müller, Plauen
Peter Naumann, Blasewitz
Helga Nowaczyk, Blasewitz
Nico Paul, Pieschen
Gerda Pietzsch, Altstadt
Ronny Rehm, West
Hans Reuter, Altstadt
Anna Ruhland, Blasewitz
Eva Rüdiger, Pieschen
Christoph Sauer, Pieschen
Juliana Schielke, Altstadt
Lotte Schmeißer, Blasewitz
Alice Schmitz, Neustadt
Dirk Schneider, Neustadt
Sebastian Schubert, West
Ursula Schwaar, Blasewitz
Fritz Seidler, Neustadt

Annelies Silbermann, Altstadt
Siegfried Simon, Plauen
Gertrud Starke, Blasewitz
Jörg Steglich, Nord
Martin Stein, Neustadt
Friedrich Steinborn, Blasewitz
Edith Stoppel, West
Joachim Süß, Blasewitz
Holm Theinert, Nord
Matthias Trenkler
Erika Ullrich, Altstadt
Sven Wachsmuth, Pieschen
Gisela Wedekind, Altstadt
Georg Weig, Prohlis
Hannelore Winkler, Blasewitz
Irene Witte, Blasewitz
Albrecht Wolters, Altstadt
Inge Wächtler, Nord
Pascal Zielinski, Prohlis
Ursula Zierz, Blasewitz
Jan von Kurnatowski, Plauen
Cengiz Özkaya, Altstadt

Vergessene Kommunisten

von Marcel Bois

Josef Stalin war fassungslos. „Diese Leute“, schrieb er, „betreiben die gemeinste Agitation gegen unseren Sowjetstaat“. Auch die Führung der deutschen Partei reagierte schockiert. Eine „antibolschewistische Schmähchrift“ sei es, ein „Vorstoß gegen die Einheit der Partei“.

Der Grund für die Empörung war ein Papier, das knapp 700 Funktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im September 1926 veröffentlicht hatten. In der Erklärung, die häufig als „Brief der 700“ bezeichnet wird, hieß es: „Das Zentralkomitee hat bis jetzt geglaubt, die Lage in der KPD und in der Komintern mit organisatorischen Mitteln meistern zu können. Aber die Gegensätze sind so zugespitzt wie noch nie. Der Opposition steht die Parteipresse überhaupt nicht mehr zur Verfügung.“ Unter der Losung „Zurück zu Lenin, zum wirklich echten, unverfälschten Leninismus“ forderten sie eine offene Diskussion innerhalb der Partei – vor allem über die Situation in der Sowjetunion.

Denn dort befand sich keine zehn Jahre nach der Oktoberrevolution der Stalinismus auf dem Vormarsch. Die Staats- und Parteiführung um Stalin wurde immer autoritärer, nahm zahlreiche Errungenschaften der Revolution zurück.

Zugleich vollzog die Kommunistische Partei in Deutschland eine Wandlung,



die Historiker heute als „Stalinisierung“ bezeichnen: Kontinuierlich wuchs ihre Abhängigkeit von der russischen Schwesterpartei, bis sie sich in eine entdemokratisierte, vom Apparat bürokratisch beherrschte Partei wandelt hatte. Zunehmend unterband die Führung um Ernst Thälmann interne Diskussionen und löste politische Konflikte organisatorisch, also durch Ausschlüsse und Repressionen. Die Politik der KPD wurde immer dogmatischer – oder wie es die Historikerin Sigrid Koch-Baumgarten ausgedrückt hat: Die Sowjetunion wurde „zum hei-

ligen Land stilisiert, Marx, Engels, Lenin (...) wie Religionsstifter verehrt.“

Dagegen wehrte sich die linke Opposition der KPD, die den „Brief der 700“ initiiert hatte. Auf allen Ebenen setzte sie sich für die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie ein: Ihre Unterstützer machten Redebeiträge bei Parteiveranstaltungen, gaben Zeitschriften heraus und organisierten eigene Versammlungen.

Führende Figuren waren Ruth Fischer, Hugo Urbans, Karl Korsch und Werner Scholem. In der DDR wurde die Linksoption deswegen später gerne als kleiner Intellektuellenzirkel dargestellt. Doch das war sie keineswegs. Vielmehr handelte es sich bei den Parteilinken überwiegend um Arbeiter – und zwar in Massen: Die Zahl der Anhänger der linken Opposition lag zeitweilig im fünfstelligen Bereich.

Den Kampf um die Partei verloren sie dennoch. Zwischen 1926 und 1928 schloss die Parteiführung nahezu alle Linken aus, nach dem Krieg gerieten sie in Ost und West in Vergessenheit. Trotzdem bleibt die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Opposition lohnenswert. Nicht zuletzt verdeutlicht ihre Existenz, dass die KPD in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik keineswegs der monolithische Block war, als der sie häufig erscheint.

Zum Autor

Marcel Bois wurde 1978 in Bonn geboren. Er studierte Geschichtswissenschaft, Soziologie und Kunstgeschichte an den Universitäten Konstanz und Hamburg. Am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin wurde er zum Dr. phil. promoviert. Im Rahmen seines Dissertationsprojekts forschte er unter anderem am Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam und an der Harvard University in Cambridge, Mass. (USA). Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Geschichte sozialer Bewegungen im frühen 20. Jahrhundert und die Historische Kommunismusforschung. Im Januar 2015 erhielt Marcel Bois den Wissenschaftspreis der RLS Sachsen.

Marcel Bois:

„Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik“ 614 Seiten, Broschur, 39,95 EUR ISBN: 978-3-8375-1282-3

Cuba Si informiert

von Ursula Zierz

Im letzten Artikel vorinformierten wir über unsere Kubaveranstaltung im März, die durch Termenschwierigkeiten leider verschoben werden musste. Als Referenten konnten wir den Sekretär Alberto Berbes der Botschaft der Kubanischen Republik gemeinsam mit Miriam Näther von Cuba Si Berlin zum Thema: „Der aktuelle Annäherungsprozess zwischen der Republik Kuba und den USA bei total unterschiedlicher Interessenlage beider Länder.“ gewinnen. Wir hoffen auf die rege Beteiligung aller Kubafreunde, da zu dieser Veranstaltung Fragen aus erster Hand beantwortet werden.

Ergebnis der Spendensammlung vom 05. März

Insgesamt wurden 260 Euro gespendet. 220 Euro wurden durch Alfred Müller gesammelt, 40 Euro von Gudrun Böhmig und Hans Wittenberg gespendet. Euch allen und allen Helfern ein solidarisches Dankeschön!

Sachspenden:

Neun Fahrräder mit Ersatzteilen, ein Ergometer, sechs Computer, zwei Wolldecken wurden gespendet. Die Fahrradaktion hatte also Erfolg und 28 Kisten mit Werkzeugen, Bett-, Krankenhaus- und Haushaltswäsche, Arbeitskleidung und -schuhen, Verbandmaterialien, Krankenhausmaterialien, Schreib- u. Büromaterialien, Nähmaterial, Seife und div. Materialien konnten verpackt und auf Transport gehen. Leider mussten wir dieses Mal beschädigte und unnütze Dinge entsorgen. Unser Dank gilt allen Spendern!

Infos zu Kuba und den UNASUR- u. CELAC- STAATEN

Im ND und anderen Medien wird berichtet, dass die US-Regierung erstmals seit 50 Jahren wieder einige Importe aus Kuba in die USA erlaubt. Dies betreffe jedoch nur Waren von Privatunternehmen. Der Import von Zigarren oder Rum ist auch weiterhin verboten. „Um ihre Waren in die USA verkaufen zu können, müssen sich kubanische Firmen von den dortigen Behörden bestätigen lassen, dass sie eine Privatfirma sind, „die weder ganz noch teilweise der kubanischen Regierung gehört oder von ihr kontrolliert wird.“ Mit dieser Maßnahme wollen die USA die Privatwirtschaft in Kuba stärken. Unter diese Regelung könnte bald auch der Export von Software aus Kuba fallen – so hat Kuba bws. viele selbständige Informatiker und Programmierer, die an zahlreichen EDV-Lösungen arbeiten. Dazu müsste die kubanische Regierung zunächst jedoch den Export solcher Dienstleistungen genehmigen. (Quelle: pl / amerika21.de - 10. Februar 2015)

Vertreter Rußlands beglückwünschten bei erneuten Beratungen die Kubaner zu ihrem „diplomatischen Erfolg“ bei den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Die Wiederherstellung der Beziehungen mit den USA stelle einen „politischen Sieg des kubanischen Volkes“ dar, allerdings könne dies nur der Beginn eines langen Weges sein. Die von Putin besprochenen Projekte, Errichtung eines Kraftwerkes in der

Sammlungen 2015

- 05. März,
- 04. Juni,
- 03. September,
- 03. Dezember



Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

Sonderwirtschaftszone von Mariel mit einer Kapazität von 800 Megawatt, die Erneuerung eines Stahlwerks in Havanana sowie die Beteiligung des russischen Energiekonzerns Sarubeschneft bei Offshore-Ölbohrungen wurden erörtert. Caracas/Brüssel. Venezuelas Präsident Nicolás Maduro hat die Einführung einer Visapflicht für Bürger der USA angekündigt. Die Maßnahme diene „dem Schutz unseres Landes“, sagte der linksgerichtete Staatschef. Er begründete die Entscheidung wegen Spionage bei der Festnahme eines US-Piloten im westlichen Staat Táchira. Präsident Maduro kündigte nun zudem Einreisesperren für mehrere politische Persönlichkeiten aus den USA an. Betroffen sind Ex-Präsident George W. Bush, dessen einstiger Vizepräsident Dick Cheney und der ehemalige CIA-Chef George Tenet. Die Liste enthält weitere Namen. Laut der Tageszeitung Últimas Noticias dürfen unter anderen auch die Senatoren Marco Rubio und Bob Menéndez sowie Abgeordneten im Repräsentantenhaus nicht mehr einreisen. Maduro gab die Entscheidung bei einer „antiimperialistischen Demonstration“ am Samstag in Caracas bekannt, an der sich zehntausende Regierungsanhänger beteiligten. Er bezeichnete Bush, Cheney und Tenet als „Terroristen“, da sie für Menschenrechtsverletzungen in Ländern wie Syrien, Irak und Afghanistan verantwortlich sind. Die Linksfraktion der EU

schließt sich den UNASUR- u. CELAC-Staaten sowie der G-77 plus China an, die alle in diesem Zusammenhang die Einmischung der USA in innere Angelegenheiten Venezuelas verurteilt haben. Saludos solidarios!

Redaktionsschluss 2015

21.01.2015, 11.02.2015
04.03.2015, 15.04.2015
06.05.2015, 03.06.2015
08.07.2015, 09.09.2015
30.09.2015, 28.10.2015
10.12.2015

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Annetkatrin Klepsch, Tilo Kießling
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Annetkatrin Klepsch, Tilo Kießling, Katja Kipping, Bernd Rixinger, Birger Höhn, Ursula Zierz, Pia Barkow, Martina Ulbig, Franziska Fehst, Marcel Bois, Anja Eichhorn

Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare, Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!

1. Mai 2015

DIE LINKE.

1. MAI PICK NICK

Alaunpark

ab 11 Uhr

Wir wollen am Arbeiterkampftag mit einem Picknick im Alaunpark und mit unserer OB-Kandidatin Eva-Maria Stange und unserer Parteivorsitzenden Katja Kipping in einen sonnigen Mai starten und jeder kann Familie und Freunde mitbringen.

Leckereien für das Buffett, AufbauhelferInnen und weitere Mitwirkende gesucht!

Koordination: Uli Reinsch,
Haus der Begegnung, Tel.: 858 38 01
ulrich.reinsch@dielinke-dresden.de

Kommt vorbei und unterstützt unseren Brunch im Alaunpark mit guter Laune und einem kulinarischen Beitrag!

Schützenplatz

Beginn 11 Uhr

Familienfest des DGB am Schützenplatz

GewerkschafterInnen der Dresdner LINKEN sind mit einem Stand vor Ort und freuen sich über weitere Unterstützung

Hauptredner: Hans-Jörg Urban (IG Metall)

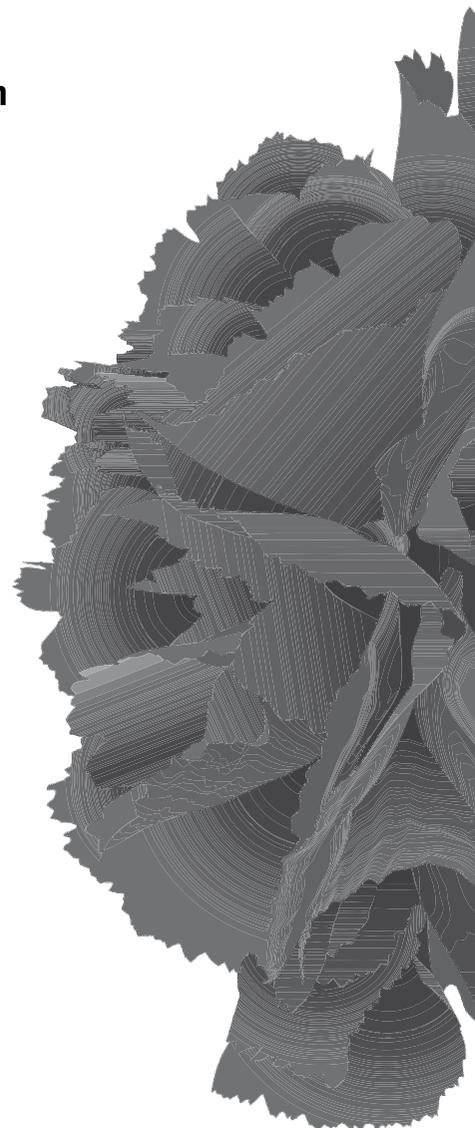
Eva-Maria Stange (Sächsische Ministerin für Wissenschaft und Kunst)

Ansprechpartner: Wilfried Trompelt und Christopher Colditz

Koordination: Uli Reinsch,

Haus der Begegnung, Tel.: 858 38 01 oder per Mail:

ulrich.reinsch@dielinke-dresden.de



Drei gute Taten für die OB-Wahl am 7. Juni in Dresden:



1

Unterstützungunterschrift leisten für Eva-Maria Stange im Wahlamt (Ortsamt Altstadt, Theaterstraße; Personalausweis mitbringen) montags, freitags: 9 bis 12 Uhr; dienstags, donnerstags: 9 bis 18 Uhr; mittwochs: geschlossen Montag, 11.05.2015: 9 bis 12 Uhr und 13 bis 18 Uhr; Tel. 0351/488 1101)

Dr. Eva-Maria Stange

2

Unterstützungserklärung im Internet auf: gemeinsam-fuer-dresden.de

Warum ich Eva-Maria Stange als Oberbürgermeisterin wähle

3

Spenden für die Wahlkampffinanzierung:

Konto DIE LINKE Dresden
IBAN
DE93850503003120183074

Ostsächsische Sparkasse
Dresden
Verwendung:
Spende Wahlkampf

Gemeinsam für Dresden.

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden